



Inflation ist zutiefst unsozial

Deutschland erlebt derzeit den größten Teuerungsschub seit 40 Jahren, befeuert durch eine Reihe trauriger Rekorde: eine Rekordinflation – mit derzeit über sieben Prozent, eine Rekordniedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und eine Rekordverschuldung durch die Bundesregierung. Im Ergebnis haben die Bürgerinnen und Bürger durch Inflation und Null- oder gar Negativzinsen mit einer doppelten Entwertung ihrer Kaufkraft zu kämpfen – einer Entwertung ihrer Einkommen und einer Entwertung ihres Ersparnis. Dies betrifft ganz besonders auch die angesparte Altersvorsorge – hier müssen viele Bürgerinnen und Bürger gerade zusehen, wie ihr kleines Vermögen für das Alter dahinschmilzt. Auch die hohen Energiekosten und Spritpreise führen zu erheblichen Mehrbelastungen für Millionen Bürgerinnen und Bürgern, Pendlern und Unternehmen. Zusätzlich drohen angesichts immer neuer Teuerungsnachrichten auch steigende Inflationserwartungen und damit einhergehend die Gefahr eines sich selbstverstärkenden Inflationsanstiegs.

Die CDU/CSU-Fraktion schlägt in ihrem Bundestagsantrag vor, die sog. kalte Progression komplett zu neutralisieren und dazu den Einkommensteuertarif an die Preisentwicklung anzupassen, um über steigende Nettolöhne der Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale entgegenzuwirken. Außerdem den Preisdruck bei Energieerzeugnissen zu senken. Das heißt insbesondere dafür zu sorgen, dass die Energiepauschale auch Beziehern von Leistungserstattungen oder Renten zugutekommt. Diejenigen Menschen, die dringend auf Unterstützung angewiesen sind – also Rentnerinnen und Rentner, Studierende oder junge Familien, die Elterngeld bekommen -, gehen nämlich bei der Energiepauschale buchstäblich leer aus. Genau das warf auch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Jens Spahn, der Ampel-Koalition vor. Daneben bedarf es aus Sicht der Unionsfraktion auch einer befristeter Energie-, Strom und Umsatzsteuersenkungen – insbesondere auch für Kraftstoffe – für die Jahre 2022 und 2023.

Neben kurzfristigen Vorkehrungen wie die Energiepauschale brauche es aber auch Wachstumsanreize, sagte Spahn. Unter anderem nannte er einen Abbau der Bürokratie und den Abschluss von Handelsabkommen. Wenn man mit einem Partnerstaat wie Kanada keinen Freihandel treiben könne, mit wem dann, fragte er. „Wir können nicht nach Katar fliegen, um Gas zu kaufen, aber die Beziehungen zu Kanada problematisieren.“

Ebenso fatal wirkt sich nach Ansicht von Spahn die Schuldenpolitik der Bundesregierung auf den Geldwert aus. Allein in diesem Jahr beträgt die Staatsverschuldung einen Rekordwert von 300 Milliarden Euro – eine enorme Belastung für nachfolgende Generationen. Deshalb äußerten die Union die Erwartung, dass ab 2023 die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse wieder eingehalten werde.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



nach fünf Jahren CDU-geführter Landesregierung merkt man, dass es Nordrhein-Westfalen deutlich besser geht als zu Zeiten der alten rot-grünen Regierung, als NRW regelmäßig auf den letzten Plätzen landete.

Die Erfolge der vergangenen Jahre sind mit Zahlen, Daten und Fakten belegbar. So ist zum Beispiel das Leben in NRW sicherer geworden. Die Zahl der Straftaten sinkt, die Aufklärungsquote steigt. Es gibt so viele Polizistinnen und Polizisten wie nie zuvor. Die Union hat eine klare Null-Toleranz-Strategie gegenüber Kriminalität aller Art durchgesetzt. Hendrik Wüst und die CDU stecken sich auch für die kommenden Jahre neue und ehrgeizige Ziele für ein modernes und zukunftsorientiertes Bundesland.

Die entscheidenden Leitlinien für uns sind: Wir machen Nordrhein-Westfalen noch sozialer, noch sicherer, noch stärker und noch nachhaltiger. Deswegen wollen wir jährlich 3000 neue Polizistinnen und Polizisten einstellen, um den Kampf gegen die Clan-Kriminalität weiter erfolgreich zu betreiben. Bei der Bildung werden wir in Nordrhein-Westfalen dafür sorgen, dass das dritte Beitragsfreie Kita-Jahr kommt und 10 000 zusätzliche Lehrkräfte in der neuen Legislaturperiode eingestellt werden.

In Sachen Klimaschutz gehen wir beherzt voran und haben vor, eine Million Bäume in Städten und Gemeinden zu pflanzen. Und die CDU NRW hält am Ziel eines früheren Kohleausstiegs bis 2030 fest, denn Nordrhein-Westfalen soll bis 2045 klimaneutral sein. Wir wollen es so schaffen, das Klima zu schützen und gute Arbeitsplätze, Wohlstand und soziale Sicherheit zu erhalten. Das sind wichtige Ziele, für die Ministerpräsident Hendrik Wüst und die CDU in Nordrhein-Westfalen am kommenden Sonntag ihre Unterstützung brauchen.

Herzliche Grüße aus Berlin und bitte bleiben Sie gesund! Ihr

Dr. Günter Krings, MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch

Strukturwandel und Arbeitsplätze im Rheinischen Revier in Gefahr



Die Antwort der Bundesregierung auf unsere Anfrage „Auswirkungen eines vorgezogenen Kohleausstiegs auf den Strukturwandel im Rheinischen Revier“ fällt sehr ernüchternd aus und stimmt uns als CDU-Landesgruppe NRW im Deutschen Bundestag mehr als besorgt. Die Bundesregierung teilte der CDU-Landesgruppe NRW mit, dass sie immer noch prüfe, wie die Strukturstärkungsmaßnahmen in den Kohleregionen angesichts des „idealerweise“ auf 2030 vorgezogenen Kohleausstiegs vorgezogen bzw. beschleunigt werden können. Zum jetzigen Zeitpunkt ist die Bundesregierung dazu also nicht aussagefähig. Gleiches gilt für die Bereitstellung zusätzlicher Mittel, um die Auswirkungen des erneut vorgezogenen Kohleausstiegs abzufedern.

Dazu Dr. Günter Krings MdB, Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW, und Dr. Georg Kippels MdB, Sprecher für den Kohleausstieg und den Strukturwandel der CDU-Landesgruppe NRW: „Die Bundesregierung macht viel zu wenig, um die Auswirkungen eines vorgezogenen Kohleausstiegs auf den Strukturwandel im Rheinischen Revier in den Griff zu bekommen. Sie kündigt zwar im Koalitionsvertrag den erneut vorgezogenen Kohleausstieg groß an, lässt die Menschen und Unternehmen im Rheinischen Revier aber im Ungewissen über ihre Zukunft. So geht man nicht mit Menschen um, die für unsere Energiesicherheit täglich viel leisten. Ohne zusätzliche Maßnahmen und eine radikale Beschleunigung der Strukturstärkung droht der Kohleausstieg den Prozess des Strukturwandels zu überholen. Damit wäre das zentrale Versprechen der Bundesregierung in Gefahr, dass Ausstieg und Schaffung neuer Arbeitsplätze zeitgleich ablaufen müssen.“

Krings weiter: „Auch zur dringend erforderlichen Erhöhung und zum Vorziehen der Strukturmittel schweigt sich die Bundesregierung aus. Die Mittel müssen sich aus unserer Sicht mindestens in der Höhe, in der ein vorgezogener Kohleausstieg zusätzliche Kosten bei Ländern und Kommunen verursacht, angepasst werden, um das klare Versprechen der bisherigen Bundesregierung auch einzulösen. Sonst überfordern wir unsere Kommunen finanziell und vernichten womöglich weitere Arbeitsplätze. Jetzt zeigt sich außerdem, dass es richtig von der CDU-Landesgruppe NRW war, die Einrichtung eines Sondervermögens mit verbindlichen Finanzzusagen zu fordern, was aber vom damaligen Bundesfinanzminister Olaf Scholz abgelehnt wurde. Wenn Scholz schon als Finanzminister bei den Strukturhilfen gebremst hat, so lässt er auch als Kanzler keinen Willen zur effektiven und ausreichenden Hilfe für das Rheinische Revier erkennen. Wir können nur hoffen, dass seine Koalitionspartner im Wirtschafts- und Finanzministerium ihre besondere Verantwortung für unsere Region nicht vergessen.“

Kippels ergänzt dazu: „Auch die Antwort auf unsere Frage zur Umsiedlung von Dörfern als Teil der Genehmigung über bergrechtliche Vorhaben ist für das Rheinische Revier erschreckend. Hatte die Ampel-Koalition in ihrem Koalitionsvertrag noch festgelegt, dass sie den von Umsiedlung bedrohten Menschen und Dörfern helfen will, ist davon nun keine Rede mehr. Ganz im Gegenteil, die Bundesregierung schreibt, sie sei nicht zuständig und könne gar nicht helfen. Das ist für die betroffenen Menschen enttäuschend und hinterlässt den Eindruck, dass die Bundesregierung den Strukturwandel sträflich vernachlässigt.“

Fotos: Tobias Koch / Deutscher Bundestag

Unionsfraktion will alle verfügbaren Ackerflächen nutzen

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine führt zu Nahrungsmittelknappheit und Preissteigerungen in der Welt. Vor diesem Hintergrund dringt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf die Aussetzung der Stilllegung von vier Prozent der Ackerflächen, die ab 2023 in der EU gelten soll. In einer aktuellen Stunde forderten Unionsabgeordnete den Bundeslandwirtschaftsminister auf, endlich zu handeln.

Der Krieg in der Ukraine wirkt leider wie ein „Brandbeschleuniger“ für den Hunger in der Welt. Die pauschale Stilllegung einer Ackerfläche von vier Prozent beiße sich mit dieser Realität. Die Unionsfraktion appellierte an Landwirtschaftsminister Cem Özdemir, sich in Brüssel für eine Neubewertung der Lage einzusetzen. Denn Deutschland und Europa hätten die besten Böden und gute Anbaubedingungen. Die Idee der vierprozentigen Flächenstilllegung stamme aus einer Zeit, in der die Versorgungslage gut gewesen sei. Die CDU/CSU rechnete vor, dass Deutschland mit seinen elf Millionen Hektar Ackerland auf die Produktion von 22 Millionen Tonnen Nahrungsmittel verzichten müsse, wenn es 440.000 Hektar stilllege. Diese Fläche sei daher ein relevanter Beitrag, um der Versorgungskrise etwas entgegenzusetzen. Auch der Union ist viel an Umwelt-, Klima- und Artenschutz gelegen. Die CDU/CSU machte aber in der aktuellen Stunde des Bundestages deutlich, dass dort, wo keine Pflanzen angebaut würden, kein CO₂ gebunden werde und keine Lebensräume für Insekten entstünden.

Impressum:

Ausgabe Nr. 08/2022,
13. Mai 2022

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck